Resolution
verabschiedet
vom 49. DPT

BPtK
Bundes
Psychotherapeuten
Kammer

49. Deutscher Psychotherapeutentag
13./14. November 2026 in Berlin

Psychische Gesundheit braucht Demokratie

Demokratie lebt davon, dass Menschen frei und gleichberechtigt zusammenleben, ihre Rechte wahrnehmen, ihre Persönlichkeit frei entwickeln und an Entscheidungen teilhaben können. Die Achtung der Menschenwürde, der Schutz der Grundrechte und ein respektvoller Umgang mit Vielfalt schaffen gesellschaftliche Bedingungen, die psychische Gesundheit fördern und eine vertrauensvolle psychotherapeutische Versorgung ermöglichen.

Der 49. Deutsche Psychotherapeutentag betrachtet mit erheblicher Sorge, dass demokratische Grundwerte zunehmend infrage gestellt, menschenfeindliche Positionen verbreitet und gesellschaftlich marginalisierte Gruppen ausgegrenzt und angegriffen werden. Menschen brauchen Sicherheit, Zugehörigkeit, Freiheit und die Möglichkeit, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Wo sie Ausgrenzung, Gewalt und Diskriminierung erleben oder befürchten müssen, kann dies ihre psychische Gesundheit belasten. Besonders betroffen sind Menschen, die aufgrund ihres Geschlechts, ihrer geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung, einer Behinderung oder psychischen Erkrankung, ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrer sozialen Lage oder durch rassistische Zuschreibungen abgewertet oder angegriffen werden.

Der 49. Deutsche Psychotherapeutentag fordert Politik und Verantwortliche im Gesundheitswesen auf:

- die Grund- und Menschenrechte sowie den Schutz vor Diskriminierung konsequent in allen gesellschaftlichen Feldern und Lebensbereichen zu gewährleisten;
- den gleichberechtigten Zugang zu einer barrierefreien und diskriminierungssensiblen psychotherapeutischen Versorgung für alle Menschen zu fördern;
- Psychotherapeut*innen und Einrichtungen der psychosozialen Versorgung vor Bedrohungen und Angriffen zu schützen und den Zugang zu ihren Angeboten zu sichern.

Der Deutsche Psychotherapeutentag bekennt sich nachdrücklich zu Demokratie, Menschenrechten und Vielfalt. Er setzt sich dafür ein, dass alle Menschen in Würde leben, selbstbestimmt teilhaben und die Unterstützung erhalten können, die sie benötigen. Menschenfeindlichkeit, Ausgrenzung und Diskriminierung haben in der Gesundheitsversorgung keinen Platz.